

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 8 86 846 pbbn d
Telefax: 21 08 64

Inhalt

Gernot Erler MdB zu innenpolitischen Motiven der sowjetischen Deutschlandpolitik: Nicht nachträglich den Krieg verlieren.

Seite 1

Barbara Weiler MdB zum Referentenentwurf des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung zur Verbesserung der Hebammengebühren: Hebammenberuf ein Ehrenamt?

Seite 4

Dokumentation:

Der Demokratische Jugendbund der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutsche Bundesjugendring der Bundesrepublik Deutschland haben vor kurzem eine Gemeinsame Erklärung zum deutsch-deutschen Einigungsprozeß verabschiedet, die wir im Wortlaut dokumentieren.

Seite 5

45. Jahrgang / 96

21. Mai 1990

Nicht nachträglich den Krieg verlieren

Zu innenpolitischen Motiven der sowjetischen Deutschlandpolitik

Von Gernot Erler MdB

Seit dem 5. Mai 1990 wissen wir, daß die Sowjetunion auf ihre Vorbehaltsrechte gegenüber Deutschland erst verzichten will, wenn sie Garantien dafür hat, daß bei der militärisch-politischen Verankerung Gesamtdeutschlands ihre Sicherheitsinteressen gewahrt bleiben. Das ganze Deutschland in der NATO wäre aus Moskaus Sicht ein nicht hinnehmbarer Verstoß gegen diese Sicherheitsinteressen. Außenminister Schewardnadse brachte die Formulierung dieser Position in einem Interview mit der „Irish Times“ am 28. April in einem einzigen Satz unter: „Die Mitgliedschaft eines vereinten Deutschland in der NATO ist für uns inakzeptabel, da dies eine radikale Zerstörung des derzeitigen Kräftegleichgewichts in Europa bedeuten würde.“ Hohe sowjetische Militärs haben in den letzten Wochen diese These in verschiedenen Varianten öffentlich bekräftigt und ertreten dafür westlichen Widerspruch.

Unumstritten ist diese Position aber auch in der Sowjetunion nicht. Am 26. April erklärte Professor Daniil Proektor in Radio Moskau: „Ich meine, daß man vor der Mitgliedschaft des vereinigten Deutschlands in der NATO keine Angst zu haben braucht. Meines Erachtens wäre es sogar ein zusätzliches Mittel der Kontrolle über Deutschland durch die westlichen Demokratien.“ Noch weiter ging Professor Wjatscheslaw Daschitschew vom Moskauer „Think-tank“ IMEMO (Artikel in der Komsomolskaja Prawda vom 15. Mai). Die Angst, eine gesamtdeutsche Mitgliedschaft in der NATO könnte die Stabilität und das Kräftegleichgewicht in Europa verletzen, kritisierte er als „traditionelle Sichtweise“. Er vermag dabei keine wesentliche Einschränkung der sowjetischen Sicherheit festzustellen und hält die Forderung einer Lösung Deutschlands aus der NATO für unrealistisch.

Aus militärpolitischer Sicht muß man Professor Daschitschew zustimmen. Haben nicht die Regierungswechsel in Warschau, Prag und Budapest, die Verträge über den Abzug der sowjetischen

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Fundierter Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Streitkräfte aus Ungarn und der CSFR sowie die politische Umorientierung der osteuropäischen Staaten nach Westen diese Balance längst aus den Angeln gehoben? Gibt es nicht in Prag und Budapest offene Diskussionen über einen auch formellen Austritt aus dem Warschauer Vertrag, dessen militärische Integrationsfähigkeit ohnehin von Tag zu Tag nachläßt? Kann die Sowjetunion dann ernsthaft noch auf die Bündnisarmee NVA rechnen, deren Angehörige, so sie nicht bereits andere Aufgaben gefunden haben, ihr Heil in einer raschen Angliederung an die Bundeswehr suchen?

Nun ließe sich natürlich einwenden, daß es gerade der Zerfall des Warschauer Pakts ist, der Moskau nicht erlaubt, eine gesamtdeutsche NATO-Mitgliedschaft tatenlos in Kauf zu nehmen. Schlimmes kann noch schlimmer werden. Während Gorbatschow die Umorientierung Osteuropas ohnehin nicht aufhalten kann, verfügt er gegenüber Deutschland über den Hebel der alliierten Siegerrechte. Eine Haltung „Bis hierher und nicht weiter“ wäre nachvollziehbar, aber eben (wie Dschitschew richtig feststellt) kaum mit dem Argument des militärisch gefährdeten Gleichgewichts begründbar.

Tatsächlich wird auch immer deutlicher, daß hinter den wiederholt vorgetragenen militärischen Erwägungen noch andere Motive stehen. Wir beobachten in den letzten Wochen einen Prozeß, den man „Innenpolitisierung der sowjetischen Außenpolitik“ nennen könnte. Die Moskauer Führung muß auf eine zunehmend schwieriger werdende Befindlichkeit ihrer eigenen Öffentlichkeit Rücksicht nehmen. Die deutsche Frage ist in der Sowjetunion auch ein psychologisches Problem.

An Andeutungen in dieser Richtung fehlt es nicht. Der Prawda-Kommentator Stepanow schrieb am 3. Mai, eine NATO-Mitgliedschaft ganz-Deutschlands wäre „in moralischer Hinsicht für uns schmerzlich und in militärischer Hinsicht nicht wünschenswert“. Ein solcher Schritt wäre „ein empfindliches außenpolitisches Negativum für die Sowjetunion, vielleicht sogar das gravierendste in der gesamten Nachkriegsgeschichte“. In demselben Artikel ist die Rede von vielen besorgten Briefen zu diesem Thema, „insbesondere von älteren Menschen, die den Krieg nicht nur aus Büchern kennen“. In ähnlicher Weise äußerte sich der sowjetische Gesandte in der DDR Maximyschew (im „Tagesspiegel“ vom 8. Mai), als er die gesamtdeutsche NATO-Mitgliedschaft „vor allem optisch und psychologisch“, aber auch in der Sache eine wesentliche Kräfteverschiebung nannte. Zuhause dürfe nicht der Eindruck entstehen, die deutsche Einheit korrigiere den 8. Mai 1945.

Offenbar ist dies eine schon spürbare Gefahr, auf die Gorbatschow und Schewardnadse reagieren müssen. Letzterer betonte bei seiner Bonner 2+4-Rede, die Sowjetunion müsse bei der Deutschlandpolitik die inneren Verhältnisse im eigenen Land beachten. Käme das Sowjetland jetzt in Bedrängnis, dann entstünde eine Situation, „in der unsere politische Flexibilität hochgradig eingeschränkt wäre, denn die Emotionen innerhalb des Landes würden hochschlagen, die Gespenster der Vergangenheit wieder auftauchen und die in den tragischen Kapiteln unserer Geschichte wurzelnden nationalen Komplexe wieder erwachen“. Folgerung: „Das sowjetische Volk muß erkennen, daß der Strich unter die Vergangenheit in würdiger und gerechter Weise gezogen wird.“

Das sind keine vorgeschobenen Einwände (und es ist schon gar nicht die Sprache von Pokerern, wie Kanzler Kohl meint). 45 Jahre nach Kriegsende sind viele Wunden noch immer nicht vernarbt. In diesen Tagen gab es in Moskau eine Korrektur bei den Zahlen der Kriegsoffer: es waren 27, nicht 20 Millionen Menschen. Keiner hat die Veteranen, Invaliden und Waisen gezählt, die 45 Jahre lang allein in dem Gefühl, letztlich doch gesiegt zu haben, einen Sinn für ihre Opfer suchen mußten. Die Zerstörungen an den Menschen blieben all die Zeit sichtbar, auch wenn die Ordensleisten der Kriegshelden ihre Kriegswunden verdecken. Der Sieg blieb unsichtbar und abstrakt, bald sowieso zugeschaufelt von den Sorgen, die der Kalte Krieg zurückbrachte. Die Militärparaden am 8. Mai lassen sich auch als Versuche verstehen, den unsichtbaren Sieg für einen Moment sichtbar zu machen. Gerade, weil die materiellen Prämien für die Niederringung Hitlerdeutschlands ausblieben, wurde das geteilte Deutschland und die Sowjetmacht in Osteuropa zur einzigen Sinnquelle für das Opfer der 27 Millionen.

Jetzt haben gerade die älteren Sowjetbürger das bittere Gefühl, nach 45 Jahren um diesen Sieg betrogen zu werden. Fassungslos schauen sie den osteuropäischen Brudervölkern nach, die ihren Blick nach Westen wenden (nur ein Mosaikstein: in diesen Tagen beendete das sowjetische Fernsehen seine Übertragungen in der CSRF; nahtlos schlossen westliche Programme die Lücke). Verstört hören sie in den Baltenrepubliken die Aufforderung, ihre „Besatzung“ zu beenden. Und aus Bonn dringen dann noch die Jauchzer an ihr Ohr, mit der „Nachkriegsordnung“ werde nun ganz rasch Schluß sein. Diese „Nachkriegsordnung“, dieser europäische Status quo seit 1945, ist alles, was die Sieger in Händen halten. Und jetzt will auch er sich davon machen.

Gorbatschow hat am Vorabend des diesjährigen 8. Mai in der feierlichen Gedenkveranstaltung im Bolschoj Theater solchen traurigen Gedanken eine gläserne Wahrheit entgegengehalten, indem er sagte: „Heute fragt man oft, wie es passieren konnte, daß das Land, welches den Krieg gewonnen hat, und das Volk, das gesiegt hat, schlechter lebt als die Besiegten. Die Antwort liegt darin, daß das Volk, das die Last auf seinem Rücken getragen hat und zum Sieger wurde, erneut von dem harten Ring eines autoritären Systems umklammert wurde...“ Unter Stalin den Krieg gewonnen, mit Stalin aber den Frieden verloren - zu wenige sind emotional fähig, diese Wahrheit zu ertragen. Sie verlangen Auskunft, was denn noch bleibt. Gorbatschow wird antworten müssen. Aufgeklärte Professoren mögen sich durch den symbolhaften, nachträglichen Verlust der mit dem Opfer von 27 Millionen Menschen erkaufte Siebprämie nicht aus der Fassung bringen lassen - sie fragen nüchtern nach Pro und Contra und malen an einer Zukunft, in der das aus den Nachkriegsfesseln befreite Deutschland mit Kapital und Technik dem Nachbarn im Osten aus der ökonomischen Rückständigkeit heraushilft. Die deutsche Einheit wird allerdings nicht warten, bis diese Sichtweise im Sowjetland mehrheitsfähig geworden ist.

Den Westen kann niemand zwingen, diese innenpolitischen Aspekte der sowjetischen Deutschlandpolitik zu beachten. Allzu verlockend ist es, den Sieg im Kalten Krieg auszukosten, die pralle Lebensfähigkeit der NATO durch die Einbeziehung des ganzen Deutschland zu demonstrieren und keinen Gedanken auf eine eventuelle Lösung zu verschwenden, die von den sowjetischen Kriegsteilnehmern nicht als nachträgliche Niederlage empfunden werden muß. Nur der raschestmögliche Übergang zu einer auf die Blöcke verzichtenden Friedensordnung für ganz Europa ließe das schon anklopfende sowjetische Debakel vor der Tür - machte also wenigstens die „unsichtbare Niederlage“ nach dem „unsichtbaren Sieg“ möglich. Nur dieser Weg verhinderte „eine neue Spaltung Europa“, bei der lediglich die Grenzen der Spaltung „nach Osten verschoben“ wären (Wadim Sagladin). Eine Mehrheit dafür, nach einer solchen Lösung wenigstens zu suchen, läßt sich gegenwärtig in den westlichen Ländern, die statt dessen mit Worten dem sowjetischen Präsidenten ständig Glückauf wünschen, leider noch nicht ausmachen.

(-/21.5.1990/vo-he/rs)

* * *

Hebammenberuf ein Ehrenamt?

Zum Referentenentwurf des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung zur Verbesserung der Hebammengebühren

Von Barbara Weiler MdB

Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages

Vollmundig hat kürzlich der Minister für Arbeit und Sozialordnung spürbare Verbesserungen der Hebammengebühren angekündigt. Rund neun Millionen DM sollen die Hebammen jährlich mehr bekommen.

Geschickt wird mit der Nennung einer absoluten Zahl die Vision von Zuwendungen großer Dimension heraufbeschworen. Da soll noch jemand sagen, man täte nichts für sie, die freiberuflichen Fachfrauen für Geburt, Säuglingspflege und Nachbetreuung der Mütter.

Verschwiegen wird jedoch, daß die durchschnittliche Monatseinnahme einer freiberuflichen Hebamme bei circa 1.000 DM liegt - und zwar brutto. Nach Abzug der notwendigsten Betriebsausgaben bleibt ein Einkommen, das unter den Sozialhilfesätzen in der BRD liegt. Mit der jetzt geplanten Erhöhung wird diese Misere höchstens kosmetisch behandelt. Auch die nach der Anhörung im Arbeitsministerium eingearbeiteten Nachbesserungen reichen nicht aus. Notwendig wäre unter anderem die Verdoppelung der Gebühr für den Wochenbesuch im Haus der Wöchnerin von derzeit 22 DM auf 44 DM.

Damit ist dieser Beruf ein deutliches Beispiel für die Unterbewertung der Arbeitsleistung in typisch weiblichen Berufen. In diesem Fall ist solch falsche Wertung besonders signifikant und muß auf massiven Widerstand bei den Frauen treffen. Schließlich handelt es sich um einen der ältesten qualifizierten Frauenberufe.

Aber auch unabhängig von historischer Betrachtung ist die tätigkeitsgerechte Anpassung der Hebammengebühren schon lange überfällig und notwendig. Notwendig deshalb, weil in den vergangenen Jahren ein deutlicher Trend zur ambulanten Geburt oder Geburt mit nur kurzem Krankenhausaufenthalt spürbar ist. Will man diese Frauen nicht in Zukunft zu Hause unversorgt sehen, so wird man Schritte unternehmen müssen, die den Hebammenberuf auch finanziell attraktiv machen. Es wird in Zukunft immer schwieriger werden, Frauen zu finden, die es sich leisten können und wollen, für einen Hungerlohn tätig zu sein.

(-/21.5.1990/va-he/rs)

* * *

DOKUMENTATION

Für eine lebenswerte und gerechte Zukunft von Kindern und Jugendlichen

Der Demokratische Jugendbund der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutsche Bundesjugendring der Bundesrepublik Deutschland haben vor kurzem eine Gemeinsame Erklärung zum deutsch-deutschen Einigungsprozeß verabschiedet, die wir im Wortlaut dokumentieren.

Deutschlandpolitische Fragen, insbesondere die Einigung der beiden deutschen Staaten, sind das zentrale Thema der politischen Auseinandersetzung der letzten Monate und wohl auch der nahen Zukunft sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR.

Die hohe Emotionalität der Diskussion auf beiden Seiten hat eine sorgfältige Planung, Diskussion und Reflektion von Politik verhindert; politische Lösungsvorschläge sind häufig - gerade auch angesichts der Dynamik der zurückliegenden und bevorstehenden Wahlkämpfe - durch Zeitdruck gekennzeichnet. Dieser Zeitdruck wird verstärkt, zum einen durch ökonomische Interessen in der Bundesrepublik an einer schnellen Ausdehnung des Marktes und zum anderen durch das berechtigte Interesse der Bürger und Bürgerinnen der DDR an einer schnellen Verbesserung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Situation.

Schon jetzt zeigt sich, daß wirtschaftliche Interessen Vorrang eingeräumt wird vor notwendigen politischen Willensbildungsprozessen in beiden deutschen Staaten.

Der Demokratische Jugendbund und der Deutsche Bundesjugendring wenden sich gegen jegliche Versuche, den Prozeß der deutschen Einigung zu nutzen, um chauvinistische und revanchistische Interessen zu verbreiten. In einer Zeit, in der in vielen Staaten Nationalitätenkonflikte zunehmen und Ausländerfeindlichkeit anwächst, sprechen sie sich für ein multikulturelles Zusammenleben in den verschiedenen Staaten des „Gemeinsamen Hauses Europa“ aus.

Beide Organisationen fordern von den politisch Verantwortlichen eine grundsätzliche Reflektion der bisher in die Diskussion gekommenen politischen Konzepte für den Einigungsprozeß der beiden deutschen Staaten und eine Verbesserung der Transparenz der Entscheidungsprozesse, um übereilte und kurzfristige Entscheidungen zu vermeiden.

Es muß ein breiter Prozeß der umfassenden Meinungsbildung, der eine Partizipation auf allen Ebenen ermöglicht, sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR eingeleitet werden. Dies ist insbesondere im Interesse der Bürger und Bürgerinnen in der DDR, wo Strukturen der Mitgestaltung von Politik noch weiter gefestigt und ausgebaut werden müssen.

Die nun mögliche Einigung der beiden deutschen Staaten sollte aus Sicht des Demokratischen Jugendbundes und des Deutschen Bundesjugendrings dazu genutzt werden, die Bürger und Bürgerinnen endlich selber über eine gemeinsame Verfassung abstimmen zu lassen.

Hievon ausgehend erheben der Demokratische Jugendbund und der Deutsche Bundesjugendring mit Blick auf den Einigungsprozeß der beiden deutschen Staaten folgende Forderungen:

1. Vor einem geeinten Deutschland ist die Westgrenze Polens ohne weitere Bedingungen sofort anzuerkennen.
2. Der deutsche Einigungsprozeß darf keine einseitig ökonomische Ausrichtung erfahren. Die wirtschaftliche Ordnung bedarf staatlich geregelter sozialer und ökologischer Rahmenbedingungen. Zum augenblicklichen Zeitpunkt sind in diesem Zusammenhang besonders folgende Punkte zu nennen:
 - Die positiven Elemente des sozialen Sicherungssystems der DDR sind in den geforderten Reflektionsprozeß einzubeziehen.
 - Notwendig sind Sofortmaßnahmen zur Lösung akuter, gravierender Umweltprobleme unter anderem im Bereich der Energiegewinnung.
3. Der deutsche Einigungsprozeß muß in den Rahmen der europäischen Einigung eingebettet werden.

4. Ein geeintes Deutschland muß weiterhin seinen Beitrag zur internationalen Gerechtigkeit und für eine neue Weltwirtschaftsordnung leisten.
5. Deutliche Abrüstungsschritte sind möglich und nötig geworden, nachdem sich die politischen Verhältnisse in Europa so tiefgreifend verändert haben. Mit einer weltreichenden Entmilitarisierung von Bundesrepublik und DDR muß begonnen werden. Eine Politik der aktiven Abrüstung und einer schrittweisen, abgestimmten Auflösung der Blöcke hin zu einer europäischen Friedensordnung muß entwickelt werden. Rüstungsexporte sind mit einer Politik, die dem Frieden verpflichtet ist, nicht vereinbar.

In einem geeinten Deutschland sind die in der DDR geschaffenen Regelungen für den Wehr- und Zivildienst zu übernehmen.

6. Eine qualifizierte schulische Ausbildung für alle Jugendlichen muß durch den Staat gewährleistet werden. Sie ist Voraussetzung für eine zukunftsorientierte berufliche Aus- und Weiterbildung, die für alle Jugendlichen von den Betrieben und Verwaltungen angeboten und vom Staat durch eigene Maßnahmen unterstützt werden muß. Darüber hinaus sind für die ausgebildeten Jugendlichen qualifizierte, zukunftssichere Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen.

Im Hinblick auf die Partizipationsmöglichkeiten von jungen Menschen sehen der Demokratische Jugendbund und der Deutsche Bundesjugendring im Rahmen des Einigungsprozesses folgende Notwendigkeiten:

- In der DDR sind für die Jugendarbeit die Finanzen und Einrichtungen zu sichern, die bisher unter anderen Bedingungen für die Jugendarbeit zur Verfügung gestanden haben.
- Das „Haus der Jugend“ in Berlin, Unter den Linden, ist auf jeden Fall für die Zwecke der Jugendarbeit zu sichern, damit es mit seiner zentralen Lage in Berlin zu einem Begegnungsort der deutschen Jugend im europäischen Rahmen werden kann. Diese Maßnahme hätte Symbolcharakter für die Weiterentwicklung demokratischer Jugendarbeit.
- Eine Zusammenarbeit der Jugend und ihrer Organisationen in der Bundesrepublik und in der DDR wird auf allen staatlichen Ebenen, von den Kommunen und Kreisen über die Länder bis zur zentralen Ebene, angestrebt. Sie ist von den Regierungen politisch und finanziell zu fördern.
- Die bestehenden internationalen Kontakte der Jugendorganisationen in der DDR und in der Bundesrepublik sind aufzugreifen und für die Jugend in beiden Teilen Deutschlands fruchtbar zu machen.
- Von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland erwarten der Demokratische Jugendbund und der Deutsche Bundesjugendring eine Unterstützung beim weiteren Aufbau einer pluralistischen und eigenständigen Struktur von Jugendorganisationen in der DDR, die beide als wichtigen Teil der politischen Kultur für unbedingt notwendig erachten.

Der Demokratische Jugendbund und der Deutsche Bundesjugendring werden ihre Zusammenarbeit mit dem Ziel, den Interessen der Kinder und Jugendlichen im Rahmen des staatlichen Einigungsprozesses möglichst wirksam Nachdruck zu verleihen, verstärken. Das Leben der Kinder und Jugendlichen wird von allen Politikbereichen beeinflusst. Deshalb sehen der Demokratische Jugendbund und der Deutsche Bundesjugendring ihre zentrale Aufgabe darin, in ihrem gesellschaftlichen Engagement für eine lebenswerte und gerechte Zukunft von Kindern und Jugendlichen einzutreten. Jugendliche in der Bundesrepublik und in der DDR brauchen zur Durchsetzung ihrer Interessen starke Jugendorganisationen und die Zusammenarbeit ihrer Dachorganisationen. Um die Zusammenarbeit zwischen dem Demokratischen Jugendbund und dem Deutschen Bundesjugendring zu intensivieren und um in zentralen Feldern der Jugendarbeit zu einem gemeinsamen Handeln zu kommen, werden folgende Schritte vereinbart:

1. Der Demokratische Jugendbund und der Deutsche Bundesjugendring richten eine gemeinsame Kommission ein, der von jeder Seite sechs Personen angehören werden. Sie hat die Aufgabe, die Zusammenarbeit zu entwickeln und zu koordinieren in Richtung auf eine zunehmende Verknüpfung der beiderseitigen Aktivitäten.
2. Der Demokratische Jugendbund und der Deutsche Bundesjugendring werden im Rahmen von Arbeitstagen und Seminaren wichtige jugend- und gesellschaftspolitische Themen wie Jugendrecht, Bildungspolitik, Jugendarbeitslosigkeit und berufliche Bildung u.a. miteinander diskutieren und gemeinsame Vorstellungen entwickeln.

Die Kooperation erfolgt auf der Grundlage der gegenseitigen Souveränität. (-/21.5.1990/vo-he/rs)